

Krupp, Hans-Jürgen

Article — Digitized Version

Stand der Statistik der personellen Einkommensverteilung

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Krupp, Hans-Jürgen (1975) : Stand der Statistik der personellen Einkommensverteilung, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 55, Iss. 1, pp. 36-41

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134773>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Stand der Statistik der personellen Einkommensverteilung

Hans-Jürgen Krupp, Frankfurt

Über den unbefriedigenden Stand der Verteilungsstatistik zu klagen, insbesondere soweit sie die personelle Verteilung der Einkommen betrifft, gehört zum guten Ton. Diese Klagen sind nicht unberechtigt, sie erwecken jedoch oft den unzutreffenden Eindruck, daß bisher für die Verteilungsstatistik nichts getan worden sei und es nur noch darum gehe, eine neue Statistik anzuordnen. Davon kann heute keine Rede mehr sein.

Während in den fünfziger Jahren und zum Teil noch zu Beginn der sechziger Jahre eine politisch motivierte Ablehnung der Verteilungsstatistik vorherrschte, wurden im Laufe der sechziger Jahre jedoch verschiedene Initiativen zur Erhebung von Verteilungsinformationen ergriffen. Hierbei spielte auch die amtliche Statistik eine wesentliche Rolle. Dabei hat sich das Problem verschoben. Es geht nicht mehr primär um die Erhebung neuer Informationen, sondern darum, die vorhandenen Informationen so miteinander zu verbinden, daß ein konsistentes und aussagefähiges Gesamtbild entsteht.

Will man den Stand der vorhandenen Verteilungsstatistik beurteilen, muß man fragen, welchen Zwecken die Statistik der personellen Einkommensverteilung dienen soll. Dabei ist zwischen der funktionellen und personellen Einkommensverteilung zu unterscheiden. Bei der funktionellen Einkommensverteilung orientiert man sich an dem Produktionsfaktorenbesitz und den daraus resultierenden Einkommen, während man bei der personellen Einkommensverteilung danach fragt, wie sich dieses Einkommen auf Personen oder Personengesamtheiten, z. B. Haushalte, verteilt. Die Wahl der personellen Bezugseinheit hängt von Fragestellung ab.

Die Statistik der personellen Einkommensverteilung sollte zumindest so umfassend sein, daß sie

die Behandlung der folgenden sozial relevanten Fragestellungen erlaubt:

Ungleichheiten der Bedarfsdeckungsmöglichkeiten: Einkommen ist Voraussetzung für die Befriedigung von Bedürfnissen, für die Deckung von Bedarf. Ungleichheiten der Einkommensverteilung ergeben daher auch unterschiedliche Versorgungsniveaus der Einkommensempfänger. Diese Fragestellung erfordert, daß man nicht das Einkommen von Einzelpersonen, sondern das von Haushalten zu untersuchen hat. Dabei ist die Haushaltsgröße nach Möglichkeit in die Analyse einzubeziehen. Als Einkommensbegriff ist das Nettoeinkommen nach Abzug der Steuern und Sozialversicherungsbeiträge unter Einschluß der Transfereinkommen zugrunde zu legen.

Das Problem der Armut: Oft wird die Frage nach den Bedarfsdeckungsmöglichkeiten aus Einkommen in sehr eingeschränkter Form gestellt. Ist das Einkommen groß genug, um gesellschaftlich akzeptierte Minimumstandards der Bedarfsdeckung zu ermöglichen? Wie groß ist der Anteil der Bevölkerung, dessen Einkommen unter diesem Minimumstandard liegt? Wie viele haben nach derartigen ökonomischen Kriterien als „arm“ zu gelten, wobei Armut auch in anderen als ökonomischen Kategorien begründet sein kann. Personelle Bezugsbasis ist auch hier der Haushalt, wobei eine Unterscheidung nach Haushaltsgröße und Familientyp sinnvoll ist, um die Minimumstandards zumindest danach differenzieren zu können. Auch hier ist auf das Nettoeinkommen des Haushalts abzustellen.

Die Leistungsbezogenheit der Einkommensverteilung: Die Frage nach der „Gerechtigkeit“ der personellen Einkommensverteilung orientiert sich oft nicht an den Bedarfsdeckungschancen, son-

Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp, 41, ist Ordinarius für Sozialpolitik am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften und Vizepräsident der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität, Frankfurt.

dern an der Angemessenheit des im Produktionsprozeß erzielten Entgelts. Im weitesten Sinne kann man hier vom Leistungsbezug der Einkommensverteilung sprechen. Wird die im Produktionsprozeß erzeugte Einkommensverteilung von der Gesellschaft und/oder den Betroffenen als fair oder „gerecht“ akzeptiert? Gibt es objektive Maßstäbe zur Kennzeichnung der „leistungsgerechten“ Verteilung? Fragen dieses Typs können nur beantwortet werden, wenn personelle Bezugseinheit der Einkommensbezieher ist. Als Einkommensbegriff ist auf das Bruttoeinkommen des Haushalts vor Abzug von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen ohne Transfereinkommen abzustellen. Zusätzlich ist der Nachweis von Merkmalen wichtig, die Informationen über die im Produktionsprozeß erbrachte Leistung enthalten. Bei der Problematik aller objektiven Maßstäbe in diesem Bereich kann es darüber hinaus sinnvoll sein, subjektive Indikatoren der Einkommenszufriedenheit zu erheben.

Die Sicherheit und Stetigkeit des Einkommensstroms: Nicht nur die Höhe des Einkommens, sondern auch seine Sicherheit und seine Entwicklung im Lebenszyklus sind bedeutsam. Dabei stehen wieder Fragen der Bedarfsdeckungsmöglichkeit im Vordergrund. Dementsprechend ist Bezugseinheit der Haushalt und der zu verwendende Einkommensbegriff das Nettoeinkommen. Interessant ist insbesondere die Höhe des Einkommenssprungs bei unvorhergesehenen Ereignissen (zum Beispiel Arbeitslosigkeit) oder bei spezifischen Ereignissen im Lebenszyklus (zum Beispiel Heirat, Geburt der Kinder, Pensionierung).

Die Versorgung mit öffentlichen Gütern: Eine Verteilungsrechnung, welche nicht auch die Verteilungswirkungen öffentlicher Güter berücksichtigt, ist unvollkommen. Nicht nur die private Bedarfsdeckung, sondern auch die öffentliche ist in die Analyse einzubeziehen. Angemessene Bezugseinheit ist in diesem Falle der Haushalt. Ein geeigneter Einkommensbegriff liegt für diesen Zweck noch nicht vor.

Anforderungen an die Verteilungsstatistik

Die bisher vorliegenden Statistiken der personellen Einkommensverteilung sind primär an den ersten drei der genannten Fragestellungen orientiert. Es erscheint auch unrealistisch zu erwarten, daß den beiden letztgenannten in absehbarer Zeit mehr als punktuelle Betrachtung durch die Einkommensverteilungsstatistik gewidmet wird. Im Vordergrund der folgenden Überlegungen sollen daher die ersten drei Problemstellungen stehen. Die sich aus ihnen ergebenden Anforderungen an eine Verteilungsstatistik sind ohnehin hoch genug. Sie seien kurz zusammengefaßt:

Gesichtspunkte des Leistungsbezuges erfordern eine funktionelle Aufgliederung nach Einkommensarten, die sich zumindest an der funktionellen Aufgliederung der Gesamtrechnung orientieren sollte.

Aus theoretischen wie statistischen Gründen ist die Kompatibilität der Verteilungsrechnung mit der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung anzustreben.

Als personelle Bezugseinheit müssen sowohl der Haushalt wie die Einzelperson zugelassen werden. Die Haushaltsgröße ist zu berücksichtigen.

Sowohl das Brutto- wie auch das Nettoeinkommen der Einkommensbezieher beziehungsweise Haushalte müssen nachgewiesen werden.

Die Verteilungsrechnung muß so feingegliedert werden, daß auch Gruppen mit niedrigen oder sehr hohen Einkommen, mit besonderen Problemlagen erfaßt werden können.

Eine Verteilungsstatistik, die diesen Forderungen genügt, liegt für die Bundesrepublik nicht vor. Es ist auch nicht zu erwarten, daß eine einzelne Statistik jemals diesen Anforderungen genügen wird. Die Aufgabe besteht darin, die in den verschiedenen Einzelstatistiken enthaltenen Informationen zu einer integrierten Verteilungsstatistik zusammenzufügen. Dafür müssen freilich die vorhandenen Einzelinformationen miteinander kompatibel sein beziehungsweise einander angeglichen werden können.

Übersicht 1

Wichtige Quellen der personellen Verteilungsrechnung für die Bundesrepublik Deutschland im Zeitraum 1960 bis 1973

1. **Einkommensteuerstatistiken**
 - 1.1 Lohnsteuerstatistik (1961, 1965, 1968, 1971)
 - 1.2 Einkommensteuerstatistik (1961, 1965, 1968, 1971^a)
2. **Stichproben mit Einkommensangaben**
 - 2.1 Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (1962/63, 1969, 1973^a)
 - 2.2 Mikrozensus (viermal jährlich)
 - 2.3 Ein-Prozent-Wohnungsstichprobe (1960, 1965, 1972^a)
 - 2.4 Repräsentativerhebung über die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer (1968, 1972)
3. **Strukturstatistiken**
 - 3.1 Gehalts- und Lohnstrukturerhebungen für die gewerbliche Wirtschaft und den Dienstleistungsbereich (1962, 1966, 1972^a)
 - 3.2 Gehalts- und Lohnstrukturerhebungen in Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Erwerbsgartenbau (1962)

^a Ergebnisse liegen noch nicht vor.

Lohn- und Einkommensteuerstatistiken

In Übersicht 1 sind die wichtigsten für die Bundesrepublik verfügbaren Einzelstatistiken aufgeführt. Die für unseren Zweck wichtigsten Statistiken sind die Lohn- und Einkommensteuerstatistiken. Gerade bei ihnen sind in den letzten Jahren erhebliche Fortschritte erzielt worden, indem die Ergebnisse der Lohnsteuerstatistik mit denen der Einkommensteuerstatistik schon durch das Statistische Bundesamt verbunden wurden. Dies war dadurch möglich, daß man in der Lohnsteuerstatistik Zusammenführungen von zusammen veranlagten Ehepartnern vornahm. Darüber hinaus wurden Versuche unternommen, die Abgrenzungsprobleme, die insbesondere im Bereich der Werbungskosten eine große Rolle spielen, zu lösen.

Freilich ist die in der integrierten Steuerstatistik zu findende personelle Bezugseinheit nach wie vor keine voll befriedigende Lösung. Sie orientiert sich an dem Konzept des Steuerpflichtigen, das weder mit dem des Einkommensbeziehers noch mit dem des Haushalts identisch ist.

Die Brauchbarkeit der Einkommensteuerstatistiken ist nach wie vor dadurch beeinträchtigt, daß einmal begriffliche Unterschiede zwischen den ökonomischen Begriffen der Gesamtrechnung und den Begriffen des Steuerrechts bestehen. Zum anderen kommt es zu legalen und illegalen Unterangaben des Einkommens. Beide Tatbestände zusammen tragen dazu bei, daß die Nachweisquote der Steuerstatistiken relativ gering ist. Unter Nachweisquote soll dabei der Anteil des aus der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung berechneten Makroaggregats verstanden werden, der in der jeweiligen Mikrostatistik nachgewiesen wird. Während zum Beispiel in den integrierten Einkommensteuerstatistiken des Jahres 1968 nahezu 90 % des Einkommens aus unselbständiger Arbeit nachgewiesen wurde, betrug die Nach-

weisquote für das Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen nur etwa 65 %.

Nicht hinreichend geklärt werden kann, in welchen Einkommensbereichen die Unterangaben besonders bedeutsam sind. Es sei jedoch darauf hingewiesen, daß wahrscheinlich die Selbständigen mit relativ niedrigem Einkommen aufgrund der für sie geltenden Buchhaltungs- und Pauschalierungsvorschriften eine wesentliche Rolle spielen. Demgegenüber stellen die Angaben über die hohen Einkommen, die sich in den Steuerstatistiken finden, wahrscheinlich noch die zuverlässigsten Angaben über diesen Einkommensbereich dar. Es bedarf kaum besonderer Betonung, daß eine Verteilungsrechnung auf einer Statistik mit derartigen Mängeln allein nicht aufgebaut werden kann.

Durchgeführte Stichproben

Die ersten wichtigen Einkommensinformationen aus Stichproben erbrachten zu Beginn der sechziger Jahre die 1 % Wohnungsstichproben. Sie enthielten für eine ausreichend große Stichprobe der Bevölkerung Informationen über das Einkommen. Der Umfang der Stichprobe erlaubte auch eine ausreichende Gliederung. Das Hauptproblem lag darin, daß die Antwort auf die Einkommensfragen ausdrücklich als freiwillig gekennzeichnet war. Dementsprechend gab und gibt es in den Wohnungsstichproben einen erheblichen Prozentsatz an Antwortverweigerungen. Diese sind nicht zufällig, sondern nehmen bei Selbständigen und vermutlichen Beziehern hoher Einkommen überproportional zu. Darüber hinaus beeinträchtigt die Tatsache, daß die Stichprobe an sich anderen Zwecken dient, die Genauigkeit, mit der der Antwortende die Fragen beantwortet. Die Wohnungsstichproben sind daher für Einkommensfragen heute nur noch von beschränkter Bedeutung. Sie verbinden relativ ungenaue Einkommensangaben mit relativ differenzierten demographischen und

KONJUNKTUR VON MORGEN

Der vierzehntäglich erscheinende Kurzbericht des
HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg über
die Binnen- und Weltkonjunktur und die Rohstoffmärkte

Jahresbezugspreis DM 90,- für das erste,
DM 25,- für jedes weitere Exemplar

V E R L A G W E L T A R C H I V G M B H - H A M B U R G

sozialen Merkmalen. Das Statistische Bundesamt hat freilich durch die Einbeziehung und entsprechende Ausgestaltung von Einkommensfragen in der Wohnungsstichprobe eine wichtige Initiative in der Entwicklung der deutschen Verteilungsstatistik realisiert.

Die Mikrozensen unterscheiden sich von den Wohnungsstichproben insbesondere dadurch, daß sie sehr viel öfter erhoben werden. Freilich enthalten sie noch größere Einkommensangaben. Einmal wird das Einkommen nur in Größenklassen erfragt, zum anderen können gerade die hohen Einkommen nicht gesondert ermittelt werden, da sie in der oberen offenen Größenklasse untergehen. Immerhin ist der Mikrozensus eine unerläßliche Stütze für Kontrollrechnungen im Bereich niedriger Einkommen, im Bereich der Teilzeitbeschäftigten, der Anstaltsinsassen und Ausländer. Der Mikrozensus bietet darüber hinaus eine Fülle brauchbarer Informationen im Bereich der Transfereinkommen.

Die wichtigste Stichprobe auf dem Gebiet der Verteilungsstatistik ist die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS). Sie wurde in den Jahren 1962/63, 1969 und 1973 erhoben. An der grundlegenden Konzeption dieser Stichproben, deren Einkommensteil primär an Fragen der Verteilungsstatistik orientiert war, ist wenig auszusetzen. Begrifflich hat man soweit wie irgend möglich versucht, sich an ökonomischen Gesichtspunkten zu orientieren. Leider wird nicht die gesamte Bevölkerung einbezogen. Sowohl die Anstaltsinsassen als auch die Ausländer bleiben unberücksichtigt. Hierdurch wird insbesondere die Vergleichbarkeit mit auf die gesamte Bevölkerung bezogenen Makroaggregaten eingeschränkt. Außerdem spielen die Ausländereinkommen im Gesamtbild der Verteilung eine wichtige Rolle.

Hohe Nachweisquoten

Trotz aller guten Absicht haben auch diese Stichproben Mängel. Die ursprünglich geplanten höheren Auswahlätze für die Bezieher hoher Einkommen haben sich nicht realisieren lassen. Die Bezieher hoher Einkommen sind nicht nur durch den mit abnehmender Zellenbesetzung wachsenden Zufallsfehler ungenau erfaßt, sondern unterrepräsentiert. Das Statistische Bundesamt hat daher bei der Auswertung der EVS 1969 darauf verzichtet, Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von mehr als 10000 DM bei der Auswertung zu berücksichtigen. Vergleicht man die Ergebnisse der Einkommensteuertatistiken mit denen der EVS, ergeben sich auch Zweifel daran, ob die sehr kleinen Einkommen in der EVS korrekt erfaßt sind. Die sehr häufig zu hörende Vermutung, daß sich insbesondere Haushalte mit stark rechenhaftem Verhalten an der ja

freiwilligen Stichprobe beteiligen, mag eine gewisse Berechtigung haben.

Immerhin können sich die hier erzielten Nachweisquoten sehen lassen. Berücksichtigt man die nicht in der EVS enthaltenen Bevölkerungskreise, ergeben sich für das Einkommen aus unselbständiger Arbeit eine Nachweisquote von 93 % und für das Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen eine solche von 70 %. Die Transfer-einkommen werden mit etwa 92 % nachgewiesen. Das Basiseinkommen (Bruttoeinkommen abzüglich der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung und der zusätzlichen Sozialaufwendungen der Arbeitgeber) wird immerhin insgesamt noch mit rd. 87 % nachgewiesen. Diese Zahlen liegen deutlich über denen der Steuerstatistik. Stellt man zusätzlich fest, daß die Nachweisquoten im Bereich sehr hoher Einkommen relativ niedrig sind, wird deutlich, wie zuverlässig die EVS im übrigen Bereich ist.

Für den Bereich der nicht in der EVS erfaßten Ausländereinkommen liegen inzwischen einige Spezialerhebungen vor, unter denen die der Bundesanstalt für Arbeit die wichtigsten sind.

Lohn- und Gehaltsstrukturerhebungen

Stärker am Gesichtspunkt der Leistungsbezogenheit der Einkommensverteilung orientieren sich die Lohn- und Gehaltsstrukturerhebungen. Während die bisher skizzierten Einkommensstichproben im Haushaltssektor erhoben werden, stammen die Informationen der Lohn- und Gehaltsstrukturerhebungen aus dem Unternehmenssektor. Leider decken sie nicht den gesamten Unternehmenssektor ab, da nur ausgewählte Wirtschaftsbereiche berücksichtigt werden. Für die erfaßten Bereiche kann man grob abschätzen, daß etwa 60 bis 70 % der Makroaggregate nachgewiesen werden.

Der besondere Vorteil dieser Erhebungen kann also nicht in der hohen Nachweisquote liegen. Vielmehr erhält man hier vorzügliche Informationen über die Differenzierung der Einkommensbezieher, wobei die Aufgliederung nach Leistungsgruppen die Untersuchung der Frage der Leistungsbezogenheit erleichtert.

Eine Integration der hier enthaltenen Ergebnisse in Haushaltsstichproben ist zur Zeit nahezu ausgeschlossen, da aus erhebungstechnischen Gründen sozioökonomische Merkmale, die eine derartige Verknüpfung erlauben würden, nicht erfaßt werden. Auch die Zusammenführung der hier enthaltenen Einkommensbezieher zu Haushalten ist fast unmöglich.

Zusammenfassend ergibt sich, daß für die Bundesrepublik Deutschland zahlreiche Einzelinformatio-

nen zur personellen Verteilungsstatistik vorliegen, daß diese aber nicht zu einer geschlossenen und konsistenten Verteilungsrechnung zusammengeführt werden können.

Geschlossene Verteilungsrechnungen

Schon relativ früh ist erkannt worden, daß eine Analyse der personellen Einkommensverteilung nur auf der Basis einer geschlossenen Verteilungsrechnung möglich ist, in welche die insgesamt vorhandenen Informationen einbezogen werden. Bahnbrechend waren hier insbesondere die Arbeiten von K. D. Schmidt, U. Schwarz und E. Thiebach im Institut für angewandte Wirtschaftsforschung in Tübingen und von Gerhard Göseke am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung. Sie haben schon für die zweite Hälfte der fünfziger Jahre beachtliche Datensätze vorgelegt, obwohl damals weniger und schlechtere Informationen zur Verfügung standen als heute. Eine funktionelle Aufgliederung der Bruttoeinkommen dieser Datensätze wurde von mir vorgenommen.

In den letzten Jahren sind zwei größere Versuche von konsistenten Verteilungsrechnungen vorgelegt worden. Beide entsprechen freilich nicht einmal den einleitend aufgestellten Grundforderungen an eine derartige Rechnung. Die Verteilungsrechnung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung umfaßt den Zeitraum von 1950 bis 1975¹⁾. Sie ist eher eine Modellrechnung als eine Verteilungsstatistik im engeren Sinne, was sich schon aus der Einbeziehung der frühen fünfziger Jahre einerseits wie des Prognosejahres 1975 andererseits ergibt. Für beide Bereiche liegen wenig oder gar keine Daten vor. Nachgewiesen wird das Nettoeinkommen der Haushalte. Schon von dieser Seite her wird also nur ein sehr beschränkter Teil der Fragestellung der Verteilungsrechnung abgedeckt.

Die Beurteilung der Güte der vorgelegten Daten ist strittig. Leider ist das Verfahren nicht in allen Fällen so transparent, daß man die Entstehung der Daten nachvollziehen könnte. Neben einem relativ gut dokumentierten Bereich, in dem Datenverarbeitungsverfahren eingesetzt werden, gibt es einen Bereich, in dem primärstatistische Informationen manuell eingebracht werden.

Leider liegen für die Jahre der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (1962/63 und 1969) keine Datensätze vor. Dieses erschwert den Vergleich. Immerhin muß darauf hingewiesen werden, daß die erzielten Ergebnisse für das Jahr 1968 weit-

gehend nicht mit der auf das Jahr 1968 heruntergerechneten Einkommens- und Verbrauchsstichprobe übereinstimmen. Dies gilt auch für Bereiche, in denen diese Stichprobe als zuverlässig gilt. Die Unterschiede beziehen sich übrigens nicht nur auf die Einkommensangaben als solche, sondern auch auf das zugrundeliegende Bevölkerungsgerüst. Die Interpretation dieses Resultats kann in unterschiedlicher Weise erfolgen. Einmal kann man hieraus Zweifel an der Zuverlässigkeit der Verteilungsrechnung des DIW ableiten, zum anderen die geringe Brauchbarkeit von Stichproben begründen. Ich persönlich neige zu der ersten Konsequenz.

Im Rahmen der Arbeit an einem sozialpolitischen Entscheidungs- und Indikatorensystem (SPES-Projekt) der sozialpolitischen Forschergruppe Frankfurt/Mannheim wird ein weiterer Versuch zur Erstellung einer konsistenten Verteilungsrechnung vorgenommen. Dieser ist bisher nicht abgeschlossen, es liegen nur vorläufige Ergebnisse vor. Ausgangspunkt ist hier die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe der Jahre 1962/63 und 1969. Diese wird zunächst um jene Bevölkerungsgruppen ergänzt, die in der Stichprobe nicht enthalten oder unterrepräsentiert sind: Anstaltsinsassen, Ausländer und Bezieher hoher Einkommen. Anschließend werden Korrekturen für falsche Einkommensangaben vorgenommen. Schließlich wird mit globalen Korrekturfaktoren gearbeitet, um die Ergebnisse an die Gesamtrechnung anzugleichen.

Die bisher vorliegenden Ergebnisse²⁾ gehen auf ein relativ grobes Verfahren zurück. Dieses ist zahlreichen methodischen Einwänden ausgesetzt. Aus diesem Grunde wird zur Zeit versucht, ein integriertes Mikrodatenfile als Basis einer geschlossenen Verteilungsrechnung zu erstellen. Die Konzeption des integrierten Mikrodatenfiles geht von den Techniken der Stichprobenverknüpfung aus. Da es nahezu ausgeschlossen ist, alle erforderlichen Informationen in einer einzigen Stichprobe zu erheben, ist es sinnvoll, die vorhandenen Einzelinformationen noch auf der Stichprobenebene miteinander zu verbinden. Dieses hat insbesondere den Vorteil, daß dann Aufbereitungen nach den verschiedensten Gesichtspunkten möglich sind.

Mögliche Ergänzungen

Enthält zum Beispiel ein integriertes Datenfile Informationen über Einzelpersonen und diejenigen Angaben, mit denen diese zu Haushalten zusammengeführt werden können, ist es möglich, von ein und demselben File aus Verteilungsrechnungen auf der Basis Personen wie auf der Basis

¹⁾ Vgl. Gerhard Göseke, Klaus-Dietrich Bedau: Verteilung und Schichtung der Einkommen der privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland 1950 bis 1975, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Beiträge zur Strukturforchung, Heft 31, Berlin 1974.

²⁾ Eine erste Veröffentlichung liegt vor in: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Materialien zum Bericht zur Lage der Nation 1974, Bonn 1974, S. 422 bis 447.

Haushalte zu erstellen. Sind darüber hinaus über diese Personen beziehungsweise Haushalte Angaben über das Brutto- und Nettoeinkommen vorhanden, ist es möglich, je nach Fragestellung das eine oder das andere in die Analyse einzubeziehen. Fehlen in einer bestimmten Stichprobe einzelne Bevölkerungsgruppen, kann die Stichprobe um diese ergänzt werden. So ist es zum Beispiel theoretisch möglich, die EVS durch Angaben aus den Ausländererhebungen der Bundesanstalt für Arbeit zu ergänzen. Dort wo die Angaben in der Ausgangsstichprobe fehlerhaft sind, man denke zum Beispiel an die hohen Einkommen in der EVS, können entsprechende Korrekturen aus anderen Statistiken übernommen werden. In unserem Beispiel könnten etwa die Angaben der Steuerstatistik eingefügt werden.

In einem derartigen integrierten Mikrodatenfile stehen dann für eine Stichprobe der Bevölkerung alle diejenigen Informationen zur Verfügung, die für die Verteilungsrechnung benötigt werden. Eine Addition der hochgerechneten Stichprobenwerte ergibt die Makroaggregate der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Je nach Fragestellung können unterschiedliche Verteilungsanalysen durchgeführt werden.

Ungelöste Probleme

Ein derartiges Konzept ist den bisher vorliegenden Gruppenkonzepten, in denen die Bevölkerung in eine Zahl von Gruppen aufgeteilt wurde, weit überlegen, da die Auswertungsmöglichkeiten in der Regel durch die Gruppenaufteilung fixiert wurden. Darüber hinaus ist der Übergang zwischen unterschiedlich abgegrenzten personellen Bezugsbasen sehr schwierig. Erst durch die Einführung integrierter Datenfiles werden die Voraussetzungen geschaffen, die an eine geschlossene Verteilungsrechnung, welche wenigstens die einleitend genannten Grundforderungen erfüllen soll, gestellt werden müssen.

Die auf diesem Weg liegenden Schwierigkeiten sollte man freilich nicht unterschätzen. Einmal sind noch zahlreiche methodische Probleme dieses Grundansatzes nicht gelöst. Darüber hinaus liegen bisher in Deutschland nur wenige Erfahrungen vor, man ist auf amerikanische Erfahrungen angewiesen. Zum anderen ist die Bereitstellung und Verwendung von Mikrodaten Neuland für amtliche Statistik und Statistikverwender. Verbunden damit sind Datenschutzprobleme, die freilich grundsätzlich lösbar sind. Völlig ungeklärt ist auch, wer ein derartiges Mikrodatenfile erstellen sollte. Vieles spräche dafür, das Statistische Bundesamt mit dieser Aufgabe zu betrauen, so wie auch die der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in den Händen dieses Amtes liegt. Hierfür

wäre es notwendig, entsprechende Voraussetzungen im Amt zu schaffen. Freilich würde man auf die Vorteile einer derartigen Verteilungsrechnung weitgehend verzichten, wenn ein derartiges integriertes Mikrodatenfile nicht auch als solches weitergegeben werden könnte. An dieser Stelle ergeben sich neue Gesichtspunkte für die Veröffentlichungspolitik der amtlichen Statistik.

Notwendige Verbesserungen

Auf der Grundlage der vorhandenen Verteilungsinformationen ist die Erstellung eines derartigen integrierten Mikrodatenfiles nur bedingt möglich, da die Verknüpfbarkeit vieler Einzelinformationen nur begrenzt vorhanden ist. Die Verbesserung der Verteilungsstatistik muß daher an zwei Punkten anknüpfen: Einmal müssen die finanziellen und technischen Mittel zur Erstellung von Mikrodatenfiles bereitgestellt werden; zum anderen müssen die vorhandenen Statistiken stärker auf das Konzept eines integrierten Mikrodatenfiles abgestellt werden.

Beides ist prinzipiell möglich. Die zusätzlichen Kosten würden wahrscheinlich nicht einmal 10 % jener Kosten ausmachen, die schon heute für die Erhebung der vorhandenen Verteilungsstatistiken anfallen. Auf der anderen Seite würde das vorhandene Material auf diese Art und Weise in viel höherem Maße nutzbar gemacht. Langfristig würden sich vielleicht sogar Einsparungsmöglichkeiten ergeben. Die Erstellung einer geschlossenen Verteilungsrechnung ist daher grundsätzlich möglich. Die Entwicklung der nächsten Jahre wird zeigen, wie ernsthaft das Interesse der verantwortlichen Politiker an der Erhöhung der Transparenz der Verteilungssituation wirklich ist.

Eine an Fragen der personellen Einkommensverteilung orientierte Verteilungsrechnung muß die Beantwortung von Fragen der einkommensabhängigen Bedarfsdeckungsmöglichkeiten, der Erreichung eines Mindestbedarfsdeckungsniveaus (Armut) und der Leistungsbezogenheit der Einkommensverteilung erlauben. In der Bundesrepublik liegen für die sechziger Jahre zahlreiche Verteilungsinformationen vor. Es ist jedoch nur sehr schwer möglich, sie zu einem geschlossenen Verteilungsbild zusammenzufügen. Die bisher vorliegenden Versuche geschlossener Verteilungsrechnungen können weder von der vorhandenen Aussagebreite noch von der Zuverlässigkeit der Informationen her die zu stellenden Ansprüche befriedigen. Eine wesentliche Verbesserung kann nur durch die Erstellung einer geschlossenen Verteilungsrechnung auf der Basis eines integrierten Mikrodatenfiles erreicht werden. Hierzu sind einerseits entsprechende Mittel bereitzustellen, andererseits Anpassungen der vorhandenen Statistiken vorzunehmen.